

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1018

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1018



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Echti Chance für all eusi Chind!

Pressemappe



Lancierung Abstimmungskampf

Mitbestimmungs-Initiative «Lehrplan vors Volk»

Camille Lothe, Vorstand JSVP Kt. Zürich, Tel. 079 265 67 81

Anita Borer, Kantonsrätin Zürich, Tel. 079 665 44 27

Sandro Lienhart, Vizepräs. Jungfreisinnige Kt. Zürich, Tel. 078 915 28 19

Régis Ecklin, Lehrer

Dr. med. Hannes Geiges, Kinderarzt

Montag, 15. Januar 2018

ca. 09.30 Uhr (Pause Kantonsratssitzung)

Zunfthaus zur Haue, Limmatquai 52, 8001 Zürich

Es gilt das gesprochene Wort

Camille Lothe, Vorstand JSVP Kanton Zürich

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen des Abstimmungskomitees möchte ich mich bei Ihnen für ihr Erscheinen bedanken und begrüsse Sie damit zur Pressekonferenz zur Lancierung der Mitbestimmungs-Initiative „Lehrplan vors Volk“.

Am 4. März haben wir die Möglichkeit, unsere Volksschule wieder zu einer tatsächlichen Volksschule zu machen. Wir sind dann nämlich in der Lage, unserer Volksschule wieder eine breite Abstützung durch das Volk zu geben.

Mit der Initiative Lehrplan vors Volk fordert unser überparteiliches Komitee mehr demokratische Mitbestimmung bei der Einführung von neuen Lehrplänen.

Das Vorgehen wäre folgendermassen:

- Ein neuer Lehrplan für unsere Volksschule soll wie bisher vom Bildungsrat ausgearbeitet werden.
- Anschliessend genehmigt aber nicht wie heute der Bildungsrat, sondern der Kantonsrat den Lehrplan.
- Das Volk soll mit dem fakultativen Referendum abschliessend über einen neuen Lehrplan entscheiden können.

Kurz gesagt: Die Initiative will einzig den Entscheid über den Lehrplan als zentrales Instrument der Volksschule von der Exekutive in die Hände der Legislative übergeben.

Was nützt uns allen diese Initiative?

Ganz einfach: Durch die verbesserte Mitbestimmung schaffen wir eine Volksschule, die – wegweisend für die Zukunft unserer Kinder – vom Volk getragen wird und somit für alle Kinder eine gute Basis bildet.

Es findet ein breiter Meinungs-austausch über grundlegende bildungs-politische Themen unserer Volksschule statt. Stimmen aus dem Volk werden offen diskutiert und in den Entscheidungsprozess einbezogen. Kritik und Anregung fliessen frühzeitig ein und nicht erst nach der Umsetzung von Reformen, die sich als untauglich erweisen.

Nicht vereinzelte, vielfach vom Schulalltag zu weit entfernte Theoretiker entscheiden abschliessend über den Weg unserer Volksschule, sondern die Betroffenen an der Basis: Die breite Bevölkerung – Lehrkräfte, Eltern, Gewerbevertreter, Lehrlingsauszubildner, die Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger – all diejenigen, die letztlich die Auswirkungen von Schulreformen in irgendeiner Form tragen müssen.

Es gilt das gesprochene Wort

Anita Borer, Kantonsrätin Zürich und Gemeinderätin Uster

Sehr geehrte Medienschaffende, geschätzte Damen und Herren

Als Gemeindevertreterin und Kantonsrätin betrachte ich das Thema Lehrplan auch aus Gemeindesicht. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: dieser neue Lehrplan wird teuer – für den Kanton, für die Gemeinden und letztlich für die Steuerzahler! Folgende noch nicht vollständig bezifferte Kosten fallen an – ich lasse Sie selber ein Bild machen:

Auf Kosten des Kantons

- **Arbeitszeit und Sitzungsgelder** für kantonsübergreifende Koordination, Arbeitsgruppen, EDK, Projektmanagement.
- **Über 50 PH-Kurse** in Medien und Informatik, damit die Lehrkräfte die Unterrichtsbe-
rechtigung für das neue Schulfach erlangen.
- **Weiterbildungen** wie «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt», «Textiles und Technisches Gestal-
ten», «Ethik», LP-21-Lehrmitteleinführungen in Natur und Technik / Französisch, Refe-
rate zur «Schulischen Heilpädagogik und Lehrplan 21», der vierteilige Kurs «Förderpro-
zess im Lehrplan 21», schulinterne Weiterbildungen in den Bereichen «Natur und Tech-
nik / Mathematik», «Natur und Technik / Biologie-Chemie-Physik» und Deutsch, 1.5
Tage für Schulleitungen, Qualifikation für Medien und Informatik, usw?
- **Impuls-Weiterbildungsveranstaltungen** zur Kompetenzorientierung oder zum Thema Be-
urteilen sowie **Online-Weiterbildungsangebote** mit dem eintägigen schulinternen Kurs
zur Nutzung der Angebote.

Auf Kosten der PHZH und des Staatsbeitrages

- **Konzeption** der erwähnten Weiterbildungen, entsprechende Lohnkosten.
- **Aufbau und Unterhalt** von Forschungszentren (z.B. Medienpädagogik), Kompetenzzen-
tren (z.B. zur Kompetenzorientierung) oder Fachbereichen (z.B. «Bildung für nachhal-
tige Entwicklung»)
- Beteiligung an **Lehrmittelentwicklungen**.
- **Ausbildung** zur Lehrperson der Eingangsstufe (Kindergarten- und Unterstufenlehrper-
son kombiniert), obwohl die Zürcher Bevölkerung die Grundstufe per Volksabstim-
mung abgelehnt hat.

Auf Kosten der Gemeinden

- Die gebundenen Kosten für neue **Lehrmittel**.
- Über die Angebote des Kantons hinausgehende **Weiterbildungen** im Team oder indivi-
duelle Weiterbildungen.
- **IT-Infrastrukturen** an Volksschulen, die bis 2022 den Vorgaben des neuen Lehrplans
anzupassen sind.
- Nicht bezifferbare **Infrastruktur** für die Lektionen von „Wirtschaft, Arbeit, Haushalt“

Hinter diesen und allenfalls noch weiteren Ausgaben stecken viele Variablen, die sich massiv auf die Gemeinden bzw. die Steuerzahler auswirken können. Und da sind wir beim Bildungsdiktat – im Falle Lehrplan befiehlt der Bildungsrat, die Gemeinde setzt um und bezahlt, der Bürger hat nichts zu melden und kriegt die Rechnung.

Es gibt nur eine Antwort darauf: mehr demokratische Mitsprache!

Es gilt das gesprochene Wort

Sandro Lienhart, Vizepräsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Sehr geehrte Medienschaffende, geschätzte Damen und Herren

Die Mitbestimmungs Initiative „Lehrplan vors Volk“ setzt zwei der wichtigsten Erfolgsfaktoren der Schweiz ins Zentrum: Die Bildung und die Demokratie. Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich unterstützen diese Initiative um die Demokratie im Bildungsbereich im Kanton Zürich zu stärken.

Unsere Volksschule – für das Volk, mit dem Volk

Ein Blick ins Abstimmungsarchiv im Kanton Zürich zeigt, dass das Stimmvolk bereits vermehrt wegweisende Entscheidungen herbeigeführt hat. Im Jahr 2006 wurde demokratisch legitimiert, dass nicht nur eine Fremdsprache an der Primarschule unterrichtet werden sollte. Fünf Jahre später wurde festgesetzt, dass Mundart im Kindergarten gesprochen wird. Mittels Abstimmung im Jahr 2013 wurde im Mittelschulgesetz eine Anpassung der Hauswirtschaftskurse durchgesetzt. Genau dies ist gelebte Demokratie. Wichtige Entscheidungen im Bildungsbereich können durch Volksinitiativen und dem Instrument des fakultativen Referendums dem Zürcher Stimmvolk unterbreitet werden.

Nun stellt sich mir eine Frage: Ist es wirklich in unserem Interesse eine der wichtigsten Entscheidungen in der Volksschule, diejenige über einen Lehrplan, lediglich den Bildungsdirektoren und den kantonalen Erziehungsdirektoren überlassen werden? Die Mitbestimmungsinitiative „Lehrplan vors Volk“ möchte genau da ansetzen. Der Lehrplan soll durch den Kantonsrat genehmigt werden müssen. Dies entspricht einer Abnahme durch die demokratisch gewählten Vertreter im Kantonsrat. Anschliessend ist es möglich über ein fakultatives Referendum eine abschliessende Meinung durch das Stimmvolk einzuholen.

Ein letztes Wort

Im Staatspolitischen Kontext ist diese Initiative ein Muss. Die Volksschule wird durch die Allgemeinheit finanziert und dient dazu die wichtigste Grundlage für die Zukunft zu legen. Im politischen Diskurs, nur schon über den aktuellen Lehrplan 21, zeigen sich verschiedene Auffassungen, was das Beste für unsere Kinder ist. Kein Spezialist, sei es ein Anwalt, ein Arzt oder ein Automechaniker, entscheidet ohne meine Ansichten und Anmerkungen über einen Auftrag oder eine Reparatur. Wieso genau sollen es Bildungsdirektoren und die EDK sein, welche dies mit unserer Volksschule vornehmen? Ich bin dankbar für das Wissen, die Erfahrungen und die Arbeit welche im Vorfeld von Lehrplänen eingebracht und geleistet werden. Doch ist es im grossen Kontext nichts als wichtig und richtig, dass über bildungspolitische Entscheidungen mit einer solchen Tragweite die demokratische Legitimation durch uns, das Zürcher-Stimmvolk, nicht vergessen wird.

Bildung und Demokratie, zwei Pfeiler unseres Erfolgs, welche durch die Jungfreisinnigen Kanton Zürich gestärkt werden möchten!

Es gilt das gesprochene Wort

Régis Ecklin, Lehrer

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir sollen also einen rundum erneuerten Lehrplan erhalten. Die erste Frage, die ich mir als Lehrer stelle, ist, ob unser Schulsystem, das eine der höchsten Nobelpreis-trägerdichte weltweit hervorbringt, an den Lehrlingsweltmeisterschaften jeweils Spitzenplätze belegt und eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit produziert, wirklich der-art reformbedürftig sein soll.

Ob das der Fall ist oder nicht, soll vom Stimmvolk entschieden werden, nicht von mutmasslichen Bildungsexperten. Es ist demokratiepolitisch nicht nur bedenklich, sondern inakzeptabel, dass die Leitplanken für unsere Bildung von einer kleinen Gruppe ausgebrütet und am Volk vorbei implementiert werden sollen. Gerade bei unserer Schule, die sich Volksschule nennt, ist es unabdingbar, dass das Volk bei den Weichenstellungen mitbestimmt.

Unsere Schule verliert momentan an Rückhalt in der Bevölkerung. Das sieht man daran, dass Lehrbetriebe sich nicht mehr auf Schulnoten stützen, sondern externe Tests durchführen lassen, daran, dass Berufsschullehrer sich immer mehr über Grundlagenmangel von Schulabgängern beklagen und daran, dass Privatschulen wie Pilze aus dem Boden schiessen. Deshalb ist es zentral, dass die Legitimationskrise der Volksschule nicht verschärft wird, sondern durch eine direktdemokratische Mitbestimmung der Zürcher Stimmbevölkerung zumindest teilweise überwunden wird.

Im Lehrplan 21 steht, dass die Schüler die Besonderheiten unserer Demokratie erklären können müssen. Eine Besonderheit unserer Demokratie ist, dass wir zu Sachfragen Stellung nehmen können. Wir befinden darüber, ob wir die Wehrpflicht behalten wollen, wir stimmen über Gotthardröhren ab und wir entscheiden selber, ob wir Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen zahlen wollen. Lassen Sie uns auch über unsere Schulbildung entscheiden, denn diese ist von deutlich grösserer Tragweite.

Es gilt das gesprochene Wort

Dr. med Hannes Geiges, Kinderarzt und Mitglied der CVP

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir Kinderärzte stellen fest:

1. Schulprobleme machen krank. Die psychischen Krankheiten wegen Schulproblemen nehmen nachweislich deutlich zu. Die Meinung und Rufe von uns Kinderärzten werden von den Bildungsverantwortlichen bewusst überhört! Der LP 21 hat keine Antworten darauf. Im Gegenteil.
2. Die Nachfrage nach Ritalin und Nachhilfestunden bei gesunden Kindern haben schon heute das erträgliche Mass überschritten. Mit dem LP 21 wird die Situation noch verschärft.
3. Aus unserer Sicht wird das Bildungsprogramm der Volksschule mit dem LP21 überfrachtet. Mit seinen viel zu breiten Grundanforderungen werden unrealistische Hoffnungen geweckt. Es fehlt die nötige Zeit zum Üben und Vertiefen!
4. Durch die überzogene Erwartungshaltung steigt der Druck auf die Schule enorm. Die Lehrpersonen verzetteln ihre Kräfte. Sie leiden schon heute zu oft unter Burnouts. Die Kinder haben mehrere Lehrpersonen. Die Folgen müssen unsere Kinder tragen. Wir Kinderärzte und Psychologen werden täglich mit diesen Folgen konfrontiert.
5. Wir warnen eindringlich vor dieser Entwicklung. Die Eltern sollen mitentscheiden dürfen, wie stark ihre Kinder belastet werden sollen.
6. Der LP 21 ist ein hoch risikoreiches Experiment. Beim LP 21 mit dem vorgesehenen Paradigmenwechsel verfügt man nicht annähernd über genug Erfahrungen.
7. Für unsere Kinder ist die Einführung des LP 21 der Abgabe eines neuen, starken, ungetesteten Medikamentes gleichzusetzen.
8. Die hoch gepriesenen Erfolge der letzten Jahrzehnte beruhen auf einem harmonischen, im Einklang mit der Bevölkerung gewachsenen Bildungswesens. Ein voreilig eingeführtes, ungetestetes Jahrhundertwerk mit 2300 akademisch abgefassten Kompetenzbeschreibungen ist als Bildungskompass ungeeignet. Es verunsichert Eltern, Lehrer und damit die Kinder.
9. Verunsicherung und Disharmonie sind Gift für ein erfolgreiches, nachhaltiges Lernen.
10. Der LP 21 ist an den realen Bedürfnissen und Möglichkeiten unsrer Volksschule vorbei konzipiert worden. Bei seiner Konzeption hat nie ein echter Dialog zwischen den Lehrplanverantwortlichen und den Schulen stattgefunden. Es ist höchste Zeit, dass das Bildungswesen wieder mit den Bedürfnissen und dem Willen des Volkes und der Gesundheit unserer Kinder in Einklang gebracht wird.

Stellungnahme aus meiner Sicht als langjähriges CVP-Mitglied

Lehrpersonen berichten, der LP 21 habe kein „Herz“. Von Gerhard Pfister und RR Silvia Steiner (beide CVP) wurde das nicht in Abrede gestellt. Ihre Antwort darauf: „Das Herz“ ist nicht Aufgabe der Schule, das ist Sache der Familie“.

Für mich als CVP Mitglied ist klar: Keine Arbeit mit Kindern ohne Herz! Als Kämpfer für die Familien und als Teil der christlich-demokratischen Volkspartei stehe ich ein für die demokratischen Rechte der Familien und für „Kopf, Herz und Hand“ auch in den Schulen. Unsere Familien und Steuerzahlenden erlebe ich als mindestens so kompetent in Bildungs- und Gesundheitsfragen wie die Politiker und praxisfernen Bildungstheoretiker. Die Familien, ja das ganze Volk, sollen beim Prioritäten setzen von „Kopf, Herz und Hand“ mitentscheiden können, wie das unsere Demokratie verspricht.